

INHALT

1. Neuordnung der Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein
2. Landtag debattiert erneut über gesetzlichen Mindestlohn
3. Krankenkassenreserven sinnvoll nutzen
4. Debatte über verrostetes Fass in Brunsbütteler Kaverne

23.03.2012

Neuordnung der Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein SPD erneut uneins



Daniel Günther, MdL

In der Diskussion um die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein, mit einer Neuordnung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) an den beiden Standorten Kiel und Lübeck, legte Wissenschaftsminister Jost de Jager heute seinen Bericht vor.

Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Daniel Günther, bekräftigte in der Debatte die Unterstützung der regierungstragenden Fraktionen für die Umsetzung der Empfehlung des Wissenschaftsrates und der Bestrebung der beiden Universitäten Kiel und Lübeck zu einer Neuordnung der Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein. Es sei dabei ein bemerkenswerter Vorgang, dass die beiden Universitäten einen gemeinsamen Vorschlag entwickelt haben.

Günther kritisierte die SPD für ihre unklare Haltung zu dem Projekt. „Während sich die die SPD-Fraktion gegen den Vorschlag positioniert, lobte der SPD-Spitzenkandidat das gemeinsame Konzept als starkes Signal in die Politik und den Wissenschaftsrat. Dass er damit die CDU-Linie vertritt, fällt Herrn Albig mal wieder gar nicht auf“, so Günther. „Sachkenntnis trübt bekanntlich den Blick für die große Linie. Sozusagen das Lebensmotto des

SPD-Bewerbers.“

Günther lobte die Verständigung des UKSH-Vorstands mit den beiden Hochschulen und sicherte den Hochschulen und dem UKSH die Unterstützung der CDU bei der weiteren Umsetzung zu. „Es ist eine große Chance für eine Stärkung der medizinischen Fakultäten. Es ist aber auch eine Chance, die Sanierung des Klinikums und die Durchführung des ÖPP-Modells zur Umsetzung des baulichen Masterplans erfolgreich umzusetzen. Wir freuen uns darüber, wenn dieses Konzept nunmehr auch Wirklichkeit wird“, so Günther abschließend.

Landtag debattiert erneut über gesetzlichen Mindestlohn Opposition agiert beim gleichen Thema aneinander vorbei



CDU Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Einmal mehr versuchten die Oppositionsfraktionen in der heutigen Landtagsdebatte, mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zu punkten. Obwohl SPD, Grüne und SSW dabei einer Meinung sind, legten sie allerdings erneut unterschiedliche Anträge vor.

Eine der Forderungen von SPD und SSW war, dass Zuwendungen und Vergünstigungen des Landes nur dann gewährleistet werden sollten, wenn die Empfänger sich dazu verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens ein Entgelt von 8,50 Euro pro Stunde zu zahlen. CDU-Fraktionschef Johannes Callsen wies darauf hin, dass die dahinter stehende einzelbetriebliche Förderung von beiden Fraktionen am liebsten abgeschafft würde: „Sie sollten sich vielleicht innerhalb der SPD zunächst einmal darüber klar werden, was Sie eigentlich wollen“, so Callsen.

Zur Kritik am Niedriglohnsektor betonte Callsen, dass Schleswig-Holstein mit einer Quote von 85,39 geringfügig Beschäftigten je Tausend Einwohner die geringste Quote unter den Westdeutschen Flächenländern hat: „Die fast 80.000 seit unserer Regierungsübernahme geschaffenen Arbeitsplätze sind echte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze“, so Callsen.

Die Zahl der Hartz IV-Empfänger sei seit 2005 um 13 Prozent gesunken. Die Zahl der Kinder in Hartz IV-Familien habe sich seit 2006 um fast 17 Prozent verringert. Für die CDU gelte, dass diejenigen, die Vollzeit arbeiten, von ihrem Lohn leben können müssen. „Wir wollen jedoch keine staatliche Lohnfindung. Wir wollen Lohnuntergrenzen, auf die sich die Tarifpartner verständigen“, so Callsen.

Krankenkassenreserven sinnvoll nutzen Überschüsse müssen dem Patienten nützen

In der heutigen Sitzung des Schleswig-Holsteinischen debattierten die Abgeordneten eine mögliche Verwendung der aufgehäuften Überschüsse der gesetzlichen Krankenkassen. Die auf mittlerweile 19,5 Milliarden Euro angestiegenen Finanzreserven der gesetzlichen Krankenkassen haben in großen Teilen der politischen Landschaft Begehrlichkeiten geweckt, die von einer einmaligen Rückzahlung an die Versicherten über die Abschaffung des Gesundheitsfonds und eine eigenverantwortliche Festsetzung eines kassenspezifischen Beitragssatzes bis zur Abschaffung der Praxisgebühr reichen.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ursula Sassen, forderte alle Beteiligten zu Besonnenheit in der Diskussion auf: „Wir sollten die Diskussion um die Kassenreserven sachlich führen, damit die Kassenüberschüsse auch wirklich sinnvoll genutzt werden“, so Sassen.

Die derzeitigen Überschüsse der Krankenkassen seien neben Einsparungen auf verschiedenen Ebenen, darunter auch bei den Versicherten, zum Großteil der aktuellen positiven wirtschaftlichen Entwicklung zuzuschreiben. Ziel müsse es daher sein, auch zukünftig stabile Beiträge zu sichern und jetzt nicht überstürzt zu handeln. „Was haben die Beitragszahler davon, wenn nun eine kaum spürbare Senkung des Beitrages erfolgt, was haben sie von Rückerstattungen, wenn die Beiträge dann später wieder angehoben werden müssen?“, so Sassen weiter.

Sassen stellte weiterhin fest, bevor konkret über die Verteilung der Überschüsse diskutiert werden könne, seien die Kassen selbst gefordert und müssten nachvollziehbare Verwendungsnachweise und eine solide Prognose über die Entwicklung der Finanzlage abgeben. „Stellt sich dann heraus, dass es wirklich Gelder zu verteilen gibt, dann ist die CDU mit im Boot, wenn es den Patienten in Schleswig-Holstein nützt, und dass nicht nur in diesem Wahljahr“, so Sassen abschließen.



Ursula Sassen, MdL

Debatte über verrostetes Fass in Brunsbütteler Kaverne Endlager für zwischengelagert radioaktive Abfälle muss endlich kommen

In der Landtagsdebatte über den Zustand und Inhalt der eingelagerten Fässer in den Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel hat der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens-Christian Magnussen, eine sachgerechte Aufklärung gefordert. Er warnte davor, weitere Verunsicherungen zu schüren. Im Bezug auf die immer wieder vorgetragene Forderung, dem Betreiber Vattenfall die Lizenz für den Betrieb zu entziehen, fragte Magnussen, wer den Meiler denn dann abbauen und die Kosten dafür übernehmen solle.

Magnussen forderte alle politischen Akteure auf, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie die verbleibenden zehn Jahre der Energiewende sinnvoll genutzt werden könnten. „Es müssen Erneuerbare Energien installiert werden und Stromnetze gebaut werden. Und es muss die Frage der Endlagerung der radioaktiven Abfälle geklärt werden. Ohne Endlager wird der Atommüll weiter dezentral zwischengelagert bleiben müssen“, so Magnussen.

Die Politik müsse gemeinsam dafür Sorge tragen, dass das in Brunsbüttel zwischengelagerte schwach- und mittelradioaktive Material bis 2019 in den Schacht Konrad verbracht werden könne. „Damit dieser Termin gehalten werden kann, bedarf es der vollen politischen Unterstützung. Wir brauchen geordnete Verhältnisse zwischen allen Akteuren. Die CDU steht zum Beschluss der Energiewende auf der Grundlage eines vertrauensvollen Miteinanders“, so Magnussen abschließend.



Jens-Christian Magnussen, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de